

Sehr geehrter Herr Prof. Kleiner,  
sehr geehrte Frau BM'in Wanka, liebe Johanna,  
sehr geehrter Herr Yogeshwar,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung, **heute erneut** ein Grußwort zur Leibniz-Festveranstaltung zu sprechen. Ich bin sehr gerne hier und übermittle Ihnen die Grüße meiner Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern.

Wenn ich heute über das „**Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft**“ spreche, so geht es mir nicht weniger und nicht mehr als um den **Dreh- und Angelpunkt unseres Wohlstands** und unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Denn das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft ist ein zentraler Aspekt des Megathemas „Wissensgesellschaft“.

Durch das Erstarken autoritärer, nationalistischer und populistischer Kräfte weltweit hat dieses Thema eine hohe Aktualität. Die „Wissensgesellschaft“ in ihrem **ideellen Kern – ich nenne hier die Stichworte Rationalität, Logik, Reflexivität, Pluralität, Weltoffenheit und Toleranz** – wird aktuell von vielen Seiten bedroht. Das muss uns alle beunruhigen und ruft uns auf, über die Gründe zu diskutieren und gemeinsam gegen diese Tendenzen der Erosion der Wissensgesellschaft anzutreten.

Wir sprechen von Deutschland heute stets als einer „Wissensgesellschaft“ und meinen vordergründig damit, dass unser gesellschaftliches Entwicklungsniveau Ergebnis einer wissensbasierten Gesellschaft ist, die ihre Prosperität vorrangig ihren geistigen, technischen, ingenieurwissenschaftlichen und medizinischen Errungenschaften verdankt.

„Wissensgesellschaft“ meint aber mehr. Wir bezeichnen damit auch eine aufgeklärte Gesellschaft, die ihr Wissen zu ihrem Wohle, zu ihrem gesellschaftlichen Frieden und Zusammenhalt einbringt. Die in ihrem politischen und gesellschaftli-

chen Handeln Wissen und Wissenschaft nutzt und gleichzeitig elementar auf ihr fußt.

In einer Wissensgesellschaft wird zu Recht von der Politik verlangt, dass sie ihr Handeln auch auf wissenschaftliche Erkenntnis aufbaut, rationalen Entscheidungsschemata folgt und logisch nachvollziehbar ist. Die Politik legitimiert ihr Handeln daher in einer Gesellschaft wie der Unsrigen mit wissenschaftlichen Erkenntnissen. Für viele Bereiche hat die Bundesregierung wissenschaftliche Beraterkreise - wie beispielsweise die Leopoldina als Nationale Akademie der Wissenschaften.

Politik muss aber mehr leisten, als wissenschaftlicher Erkenntnis normative Kraft zu verleihen: Sie hat die Bevölkerung von der Richtigkeit bestimmter Entscheidungen zu überzeugen und muss „die Menschen mitnehmen“. So wie für das Individuum gilt, dass die pure Erkenntnis, beispielsweise über die Schädlichkeit des Rauchens oder des übermäßigen Zuckerkonsums nicht automatisch zu angepasstem Verhalten führt, gilt dies auch für eine Gesellschaft insgesamt, dass kollektive Entscheidungen in der Regel das Ergebnis eines Ausgleichs vielfältiger, teils widerstrebender Interessen sind. Politik und Wissenschaft funktionieren nicht nach den selben Systemlogiken – deshalb braucht es Offenheit und Respekt in der Diskussion.

Doch ist die Unterschiedlichkeit der Systemlogiken wirklich immer so eindeutig? Gibt es nicht auch Überlappungen? Wie politisch darf die Wissenschaft sein? Wie viel Experte muss ein Politiker, eine Politikerin in einer Wissensgesellschaft sein? Welche Rolle spielen in einer Wissensgesellschaft die Medien?

Die „Wissensgesellschaft“ ist nicht so klar abgegrenzt und geordnet, wie es scheinen mag: Es gibt nicht auf der einen Seite die eindeutigen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die nur eine Deutung, nur eine Umsetzung zuließen. Es gibt auf der anderen Seite auch nicht nur die eine Möglichkeit, wie die Ergebnisse der Wissenschaft in politisches Handeln umgesetzt werden können.

Wie schon jedes Schulkind in Deutschland durch Dürrenmatts *Physiker* lernte: Wissenschaftliche Erkenntnisse können zum Wohle der Menschen eingesetzt werden, aber auch zu ihrer Vernichtung. Crisp kann Krankheiten heilen – oder Design erlauben. Die Künstliche Intelligenz kann komplexe Probleme lösen – oder uns unser Leben vorschreiben. Dies sind sehr augenfällige Beispiele, doch liegt hier ein Grundprinzip wissenschaftlicher Erkenntnis: ihre Uneindeutigkeit und ihr Anwendungsspielraum.

Wissenschaft liefert Informationen, Wissen und Erkenntnisse. Doch wie dieses Wissen realisiert wird, dafür bedarf es des gesellschaftlichen Diskurses.

Die Menschenrechte, die rechtsstaatliche Grundordnung unseres Landes stellen für Politik und Gesellschaft Orientierungswissen bereit, um zu bewerten, was wir an gesellschaftlicher Entwicklung wollen und was nicht.

Für diesen Diskurs wiederum bedarf es informierter und partizipierender Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Und eines gewissen Vertrauens in die gewählten Institutionen und ihrer – zur Rechenschaft verpflichteten – Repräsentantinnen und Repräsentanten.

Wenn jedoch das Vertrauen in die Politik und in das Expertentum gleichzeitig schwindet, und der Wunsch nach Vereinfachung und klaren Ansagen und einfachen Lösungen zu nimmt, ist die gefährliche Stunde der Populisten angebrochen, die an manchen Orten der Welt – und man muss dafür nicht weit blicken – erstarken.

Gegen die Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit und jeder einzelnen Wissenschaftlerin und jedes einzelnen Wissenschaftlers gilt es, sich immer und überall einzusetzen. Die Hochschulen, die Wissenschaftsorganisationen leisten hier Beachtliches, unterstützt von Bund und Ländern. Die Philipp Schwartz-Initiative der Alexander-von-Humboldt-Stiftung ist nur ein erfolgreiches Beispiel für ein Förderprogramm für verfolgte Forscherinnen und Forscher. Und auch der March of

Science. Aber auch die Unternehmerinnen und Unternehmer müssen für die Wissenschaftsfreiheit eintreten. Wenn aber Verlage Informationen aus der Wissenschaft aus ökonomischem Kalkül nach politischen Erwägungen einzelner Staaten – wie jüngst geschehen - sperren, dann untergräbt auch das die Wissenschaftsfreiheit.

Aber auch hier in unserem Land müssen wir etwas tun, um das Funktionieren und den Zusammenhalt in dieser Wissenschaftsgesellschaft zu bewahren. Wir tragen in unserer Gesellschaft gemeinsam Verantwortung für diese Gesellschaft: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker, Journalistinnen und Journalisten und auch Unternehmerinnen und Unternehmer gleichermaßen. Der rationale, dem Wertesystem des Grundgesetz verpflichtete Diskurs behält nämlich icht immer die Oberhand.

Artikel 5 Absatz 3 unseres Grundgesetzes garantiert der Wissenschaft in unserem Lande die Wissenschaftsfreiheit – ein hohes Gut, ich möchte sagen, ein unantastbares Gut. Das wir als Politik verteidigen müssen. Das die Wissenschaft mit Respekt behandeln muss. Gleichzeitig muss Wissenschaft mit der eigenen Freiheit verantwortlich umgehen. Der Philosoph Jürgen Mittelstraß formulierte den Forschungsimperativ einmal wie folgt: "Lass dich leiten von der Lust auf das Neue und dem Willen zu erkennen, was die Welt im Innersten zusammenhält, aber achte darauf, dass es kein minderes Ziel ist, die Welt mit dem, was Du forschend und entwickelnd tust, zusammenzuhalten." Vertrauensverluste, durch ethisch fragwürdige Forschungen oder aber Plagiatsvorwürfe, sind schwer wieder wett zu machen. Wichtig sind hier die Einhaltung der Selbstverpflichtungen der Wissenschaft und deren stete Überprüfung.

Freie Wissenschaft braucht verlässliche materielle Grundlagen. Es ist die vornehmste Aufgabe der Politik, die Wissenschaftsfreiheit finanziell abzusichern. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen versichern, dass die Länder mit einer neuen Bundesregierung verhandeln werden, die für die Hochschulen und den

Wissenschaftsstandort Deutschland essentielle Planungssicherheit zu schaffen, um so auch die Fachkräftesicherung in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zu gewährleisten. Alle Wissenschaftsministerinnen und –minister der Länder der Bundesrepublik Deutschland sind sich darin einig, dass der Hochschulpakt 2020 für die Abbildung der erhöhten Studierendenzahlen mit Blick auf Qualität und Quantität unverzichtbar war und auch zukünftig sein wird und dass deshalb die hierfür bislang bereitgestellten Mittel dauerhaft mindestens in gleicher Höhe für die Hochschulen bereitgestellt werden müssen.

Was nach meiner Auffassung neben der Freiheit nicht minder wichtig ist, ist die stete Vermittlung des Wissens. Die Zugänglichmachung von Expertise. Ich will sagen: Wir dürfen das „Leichte Antworten – Geben“ nicht den Populisten überlassen. Die Expertinnen und Experten müssen ihrerseits anstreben, verständliche Antworten zu geben. Die Wissenschaft ist daher aufgerufen, die eigenen Erkenntnisse so darzustellen, dass die Komplexität begriffen werden kann. Und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es einer Evidenz, einer Faktenbasis, eines Expertenwissens bedarf, um komplexe Fragestellungen in der Welt zu lösen und die Erkenntnis keine Bedrohung ist, sondern Leben interessanter macht.

Aber nicht nur die Wissenschaft muss selbst ihre Rolle verantwortungsbewusst einnehmen und sie in der Gesellschaft betonen und einfordern. Sondern die Politik muss ihrerseits die Bedeutung von Wissenschaft und Expertenwissen betonen. Die Politik muss transparent machen, auf welche Expertisen sie sich beruft.

So können wir unsere gesellschaftliche Übereinkunft stärken, dass in unserer Wissensgesellschaft die Regeln der Logik und des sachlichen Arguments gelten und ein Primat haben. Dass uns die Menschenrechte, demokratische und rechtsstaatliche Regeln als Orientierung dienen, um gemeinsam zu klären, welche Zukunft wir wollen.

Hierauf gilt es, sich in allen gesellschaftlichen Diskursen, in Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Medien immer und immer wieder zu besinnen. Die Politik muss ihren Einfluss auf der europäischen Ebene und auf Ebene der Völkergemeinschaft nutzen und tut dies auch.

Als ich mir kürzlich die Ergebnisse des „Wissenschaftsbarometers 2017“ ansah,<sup>1</sup> stellte ich fest, dass unter den Befragten das größte Interesse an wissenschaftlichen Themen im Bereich der Medizin zu finden ist – das Ergebnis erstaunt nicht, denn dass hier wissenschaftliche Erkenntnis einen direkten Vorteil für den Einzelnen bringen kann, das hat jeder und jede bereits erfahren. Das zeigt uns: wir müssen auch für die anderen Themenfelder darstellen, wie sehr Wissenschaft unser Leben beeinflusst.

Ich plädiere dafür, dass alle Akteure in dieser Gesellschaft die Wissenschaft in den Mittelpunkt rücken und ihr den Platz einräumen, den sie in unserer Gesellschaft hat bzw. haben sollte.

Für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler heißt das „Tue Gutes und rede darüber“, mache deutlich, warum deine Erkenntnisse für die Welt bedeutsam sind – auch gegenüber uns Politikerinnen und Politiker.

Lassen Sie uns gemeinsam die Wissenschaft in ihrer Bedeutung für diese unsere Gesellschaft stärker hervorheben!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

---

<sup>1</sup> Wissenschaftsbarometer 2017, Wissenschaft im Dialog gGmbH (WiD), Berlin 2017: [https://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user\\_upload/Projekte/Wissenschaftsbarometer/Dokumente\\_17/WB\\_2017\\_Web.pdf](https://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Wissenschaftsbarometer/Dokumente_17/WB_2017_Web.pdf)